

Deutschland verzichtet auf über 550.000 Dosen mit Impfstoff

Die Impfkampagne läuft in Deutschland überaus schleppend, was aber nicht wirklich verwundert. Nach rund drei Monaten hat inzwischen jeder Zwanzigste einen vollständigen Impfschutz erhalten. Jetzt verschenkt Deutschland 558.000 Dosen. Hintergrund ist eine Unwucht bei der Verteilung der Impfstoffe in der EU. Die 27 Staaten hatten die Impfstoffe gegen das Corona-Virus gemeinsam eingekauft. Dies sollte eigentlich eine gleichmäßige Belieferung aller Mitgliedsländer nach ihrem Bevölkerungsanteil gewährleisten. Das Ungleichgewicht entsteht so: EU-Staaten können Impfdosen aufkaufen, wenn einzelne Länder ihr Kontingent für die jeweilige Vakzine nicht ausnutzen. So haben einige Staaten besonders auf den Impfstoff von AstraZeneca gesetzt und sind wegen Lieferschwierigkeiten nun im Nachteil. Deutschland und die meisten anderen EU-Länder wollen jetzt mit Spenden für einen Ausgleich sorgen.



Wir Republikaner stehen für den Erhalt der christlichen Werte in unserem Land. Weder wollen wir eine fortdauernde Islamisierung kritiklos dulden, noch den Machtausbau durch staatsfeindliche Glaubensrichtungen einfach hinnehmen. Dass unsere Gegner uns deshalb als „islamophob“ verunglimpfen, spricht für sich. Kritik muss weiterhin möglich sein, denn es geht um unser Land und das Land unserer Kinder. Bewahren wir es gemeinsam.

Berlin beruft Islamisten in Kongress gegen Extremismus

Das Gremium soll bis zum Frühjahr 2022 „Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Präventionsarbeit zu antimuslimischem Rassismus“ erarbeiten, teilte die zuständige Senator Dirk Behrendt (Grüne) damals mit. Zwei der sechs Mitglieder wurden vom Islamforum der Integrationsbeauftragten entsandt: Lydia Nofal und Mohamad Hajjaj, die Vorsitzende und der Geschäftsführer des islamischen Vereins Inssan. Inssan und Co. sollen Bezüge zu islamistischen Organisationen aufweisen, die vom Verfassungsschutz beobachtet wurden oder werden. Dennoch wird Inssan seit Jahren mit hohen Beträgen aus Bundes- und Landesmitteln gefördert. Nach eigenen Angaben verfolgt der Verein das Ziel, „die Entwicklung eines deutschsprachigen Islam zu fördern“. Nofal und Hajjaj sind in zahlreichen Gremien und Organisationen aktiv. Beide gehören dem Landesvorstand des Zentralrats der Muslime in Berlin an, beide sind Mitglied im SPD-Arbeitskreis muslimischer Sozialdemokraten.

Merkel will jetzt für ganz Deutschland den „harten Lockdown“

Für die Zeit nach Ostern könnten auf die Menschen in Deutschland also noch härtere Maßnahmen zukommen, um die dritte Corona-Welle in den Griff zu bekommen. Konkret soll es um weitgehende Schulschließungen, schärfere Ausgangsbeschränkungen - nicht nur in der Nacht, sondern auch am Tag kommen - und vor allem einen bundesweit einheitlichen Lockdown gehen. Auch eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes sei im Gespräch. Entscheidungen darüber würden aber erst nach Ostern fallen. Die nächsten Gespräche zwischen Bund und Ländern sind eigentlich erst für den 12. April 2021 geplant. Immer wieder hatten Wissenschaftler, Ärzte, Virologen aber

auch etliche Politiker zuletzt einen härteren Lockdown gefordert, um die wieder ansteigenden Infektionszahlen in den Griff zu bekommen. Auch innerhalb der Bevölkerung wächst offenbar das Bedürfnis nach härteren Maßnahmen. In einer Umfrage des Meinungsforschungsgesellschaft YouGov sprachen sich immerhin 47 Prozent dafür aus, den bestehenden Lockdown zu verschärfen, wobei man sich ernsthaft die Frage stellen muss, wo diese Umfrage erfolgt ist. Dagegen sind nur 30 Prozent für eine Lockerung oder Abschaffung der Einschränkungen. 17 Prozent meinen, sie sollten so bleiben wie sie sind.

Natürlich ist auch der Virologe Christian Drosten einer der Fürsprecher einer

solchen Maßnahme. Drosten hält einen erneuten Lockdown gar für unausweichlich. "Wir werden um einen ernsthaften Lockdown nicht herumkommen", sagt Drosten. habe in Paris und London gesehen, dass ein Teillockdown gegen die aggressivere Virusvariante nicht durchgreife. Noch bestehe angeblich durch diese Maßnahme die Chance, eine solche Entwicklung in deutschen Großstädten abzuwenden. "Dazu ist jetzt aber politisches Handeln und auch die Unterstützung möglichst vieler Menschen notwendig", sagte Drosten. Genau diese Menschen wollen aber überwiegend endlich Normalität und nachvollziehbares Handeln der Politik, woran es in unserem Land fehlt.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Abschiebeklagen von Afghanen vor Gericht oft erfolgreich

Junge Männer aus Afghanistan hatten bisher keine guten Chancen, in Deutschland zu bleiben. Das BAMF lehnt ihre Asylanträge häufig ab. Viele Betroffene klagen gegen diese Entscheidung - und sind damit häufig erfolgreich. Ein wesentliches Argument für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor allem junge Männer aus Afghanistan abzulehnen, sind die sogenannten inländischen Fluchtalternativen.

Gerichte korrigieren die BAMF-Ablehnungen häufig, wie sich zeigt. Im Jahr 2020 sprachen die Verwaltungsgerichte bundesweit 8.287 afghanischen Asylsuchenden einen Schutzstatus zu und hoben damit die Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge auf. Das erfuhr die LINKEN- Politikerin Ulla Jelpke Anfang März in einer aktuellen Fragestunde des Bundestages vom Bundesinnenministerium. Werden Klagen inhaltlich geprüft, entscheiden Gerichte in mehr als in jedem zweiten Fall zugunsten des afghanischen Asylbewerbers.

Das BAMF interpretiert die Daten anders. In der ersten Hälfte des letzten Jahres seien nicht 60, sondern 40 Prozent der Klagen afghanischer Asylbewerber erfolgreich gewesen, so die Nürnberger Behörde. Das BAMF verweist außerdem auf die Corona-Pandemie und erklärt die hohe Erfolgsquote bei afghanischen Klägern mit der dadurch veränderten Lage im Heimatland. Die Entscheidungen des BAMF, gegen die afghanische Asylsuchende klagen, lägen Monate und manchmal auch Jahre zurück.

Ausgangssperren wie ein Flickenteppich

Es ist ein Flickenteppich, aus dem sich Deutschland derzeit zusammensetzt: Während im Saarland noch Theater, Kinos, Fitnessstudios und die Außengastronomie wieder aufmachen sollen für all diejenigen, die einen aktuellen, negativen Schnelltest vorlegen, haben über die Osterfeiertage weitere Kommunen nächtliche Ausgangssperren beschlossen. Mit diesem Mittel sollen angeblich die steigenden Corona-Zahlen besser zu bekämpfen sein. Der Handelsverband Deutschland (HDE) warnt jedoch vor womöglich kontraproduktiven Folgen. „Eine zu früh ansetzende Ausgangssperre würde in den Stunden zuvor für erhöhtes Kundenaufkommen sorgen“, sagt HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Dies sollte im „Sinne einer wirkungsvollen Bekämpfung der Pandemie“ verhindert werden. Würden die Sperren erst „ab 22 Uhr gelten, wären die Auswirkungen für den Einzelhandel sicherlich überschaubar“. Setze die Regelung dagegen bereits vor 22 Uhr an, „gäbe es wohl Auswirkungen auf die Lebensmittelhändler, die ihre Geschäfte oft auch in den Abendstunden für die Berufstätigen noch geöffnet halten“. In Hamburg etwa dürfen die Bürgerinnen und Bürger derzeit nur noch „aus triftigem Grund“ ihre Wohnung zwischen 21 Uhr abends und fünf Uhr morgens verlassen. Auch der Einzelhandel, inklusive Lebensmittelgeschäfte, muss spätestens um 21 Uhr schließen, ausgenommen sind Tankstellen und Apotheken. Die Abholung von Speisen in Restaurants ist nur noch bis 21 Uhr möglich. Wie auch bei den anderen Corona-Regeln besteht auch hier ein völliges Chaos, dank unserer Politik.

Griechenland will weiter Reparationszahlungen

Eine griechische Parlamentskommission schätzte die Summe für die von Deutschland verursachten Kriegsschäden im Land auf mindestens 289 Milliarden Euro – inklusive einer Zwangsanleihe, die Griechenland während des Krieges gewähren musste. Für die Bundesregierung ist das Thema dagegen mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag abgeschlossen. Trotzdem pocht Griechenland weiterhin auf die Zahlungen. Vielleicht sollte Deutschland die hunderten Milliarden Euro im Zuge der EU-Krise ebenfalls zurückfordern.

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

WWW.REP.DE

Jetzt informieren

- O Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung**
- O Ich möchte Mitglied werden**
- O Ich bitte um weiteres Infomaterial**

www.rep.de
DIE REPUBLIKANER
DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.
Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
Postfach 140407
40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl	Wohnort
Telefon	Telefax
E-Post	
Konfession / Beruf / Tätigkeit	Geburtsdatum
Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen	
Datum / Unterschrift	
<input type="checkbox"/> Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post <input type="checkbox"/> Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen	

Betrag (€ pro Monat)	Zahlungsart	Zahlungsrhythmus	Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.
	<input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Lastschrift	<input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> halbjährlich	

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut	BIC/Swift-Code
IBAN	
Datum / Unterschrift	

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bezirksverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Landesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Bundesverband Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.